

Konrad-Adenauer-Stiftung Außenstelle Washington

THINK TANK UPDATE
JULI 2004

**Aktuelle Umfragen;
„9/11“: Alle haben Schuld, keiner ist schuldig;
Verletzungsgefahr;
Gleichgewichtspolitiker John Kerry;
Annäherung an den Iran auf amerikanisch;
Mangel an Talenten;
Appeasement auf philippinisch;
Gleichberechtigung und Demokratie im arabischen Raum;
Nostalgie auf lateinamerikanisch;
Freihandel, yes!;
Unehrllicher Michael Moore?;
Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch Edwards?;
What's New? Viel Ruhm und Ehre für Brookings;
Umstrukturierungen bei Brookings, Robert Satloff – neuer,
alter Direktor des Washington Institute für Near East Policy**

**Franz-Josef Reuter
Kristin Vorpahl
Caroline Kanter**

Washington am 30. Juli 2004

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
205 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA**

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Aktuelle Umfragen; „9/11“: Alle haben Schuld, keiner ist schuldig; Verletzungsgefahr; Gleichgewichtspolitiker John Kerry; Annäherung an den Iran auf amerikanisch; Mangel an Talenten; Appeasement auf philippinisch; Gleichberechtigung und Demokratie im arabischen Raum; Nostalgie auf lateinamerikanisch; Freihandel, yes!; Unehrllicher Michael Moore?; Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch Edwards?; What's New? Viel Ruhm und Ehre für Brookings; Umstrukturierungen bei Brookings, Robert Satloff – neuer, alter Direktor des Washington Institute für Near East Policy.

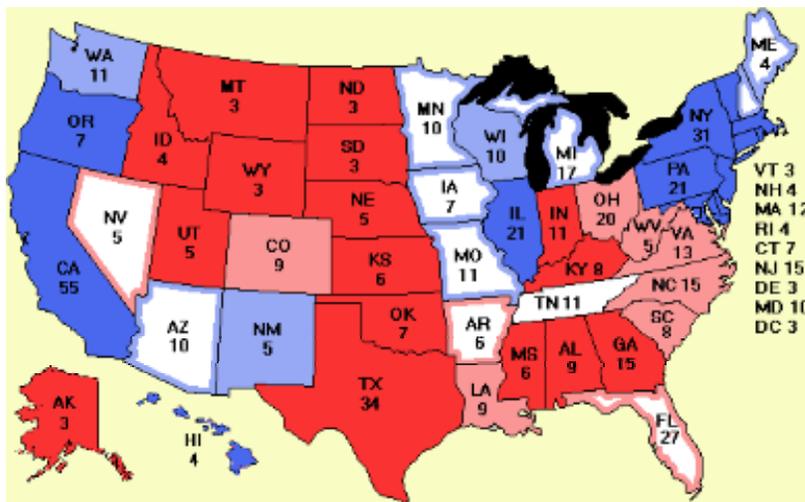
Die neusten Umfragen zeigen, das Wahlergebnis hängt von den Swing States ab. Der so genannte „9/11-Report“ hat die vielen Analysten enttäuscht. Vor weiteren Terrorangriffen ist Amerika nicht ausreichend geschützt. Die Wahl des Präsidenten im November wird auch die Weichen der Außenpolitik stellen – John Kerry ist das, wofür George Bush zu Beginn seiner Amtszeit gehalten wurde: ein Realist. Der Rückzug der philippinischen Präsidentin aus dem Irak kommt nicht gut an. Lateinamerika erinnert sich besserer Zeiten. Der Arab Reform Bulletin widmet sich in seiner aktuellen Ausgabe den Rechten der Frauen in der Region. Michael Moore soll unehrlich sein, und John Edwards erhöht die Wahlchancen von John Kerry, oder auch nicht. Brookings macht eine Strukturreform und erhält jede Menge Preise. Nach zwei Jahren auf einem Außenposten kehrt der Direktor des Washington Institutes, Robert Satloff, auf seinen alten Posten zurück.

Aktuelle Umfragen

Zur Zeit liegt der Herausforderer von Präsident **George W. Bush**, **John Kerry**, einer Umfrage von **FOX News** zufolge mit 44 Prozent zu 43 Prozent einen Punkt vorn. Der „grüne“ **Ralph Nader** erhalte 3 Prozent der Stimmen; 9 Prozent der Befragten waren noch unsicher, und 1 Prozent würde nicht wählen gehen. Zur gleichen Zeit fragten **CNN**, **USA Today** und **Gallup**, welches Team die Wahl gewinnen würde: Kerry und **Edwards** erhielten 49 Prozent, Bush und **Cheney** 47 Prozent der Stimmen. Keines von beiden wollten 2 Prozent der Befragten; *dito* für „keine Meinung“. Eine Umfrage des **Wall Street Journal** sieht Bush und Cheney mit 47 Prozent vor Kerry und Edwards mit 45 Prozent. Weitere, landesweite Befragungen kommen auf ganz ähnliche Ergebnisse, daran hat sich bislang nichts geändert. Interessanter sind daher die Fragen, die unter der Rubrik „Verschiedenes“ laufen. So glauben dem **Marist College Poll** zufolge 75 Prozent, dass es einen großen Unterschied für die Vereinigten Staaten machen wird, wer die Wahl gewinnt. Gallup hat herausgefunden, dass 59 Prozent Dick Cheney als *Running Mate* von Bush favorisieren, 34 Prozent wären dafür, dass der Präsident jemand anderen auswählt. Würden die Vizepräsidenten unabhängig vom Präsidenten gewählt, so würden 52 Prozent der Befragten eines **Newsweek Polls** für Edwards und 41 Prozent für Cheney stimmen. 69 Prozent sind gar der Meinung, dass John Edwards keinen Einfluss auf den

Ausgang der Wahl haben wird. Die Werte für Dick Cheney liegen um die 60 Prozent. Von Kerry glauben die Befragten, dass er optimistischer in Amerikas Zukunft blicke (49 Prozent) als George Bush (41 Prozent); bei Cheney und Edwards verhält es sich 28 zu 49 Prozent.

Nun hängt der Ausgang der Präsidentschaftswahl nicht von den absoluten Stimmen ab, sondern von der Anzahl der Wahlmänner. Diese stellt der jeweilige Staat. Republikaner und Demokraten habe große Teile des Landes unter sich aufgeteilt. Rot ist die Farbe der Republikaner, Blau die der Demokraten. Scheinbar undenkbar ist es, dass Kalifornien jemals rot eingefärbt und Texas jemals blau eingefärbt auf einer politischen Landkarte erscheinen wird. Dazwischen liegen die so genannten „Swing States“. Sie sind die eigentlichen „Schlachtfelder“ der Wahlkämpfer. So ist es denn auch kein Wunder, dass Wahlumfragen in diesen Bundesstaaten gehütet werden wie Staatsgeheimnisse. Die nachstehende Karte zeigt die Farbverteilung und die jeweilige Anzahl der Wahlmänner, die ein Staat zur Wahl des Präsidenten entsendet.



Dabei ergibt sich zurzeit aktuelle Stimmverteilung:

- Starker Vorsprung für Kerry (196)
- Schwacher Vorsprung für Kerry (26)
- Knapper Vorsprung für Kerry (63)
- In Tennessee liegen Bush und Kerry gleich auf (11)
- Knapper Vorsprung für Bush (38)
- Schwacher Vorsprung für Bush (79)
- Starker Vorsprung Bush (125)

Die Ergebnisse im Einzelnen:

Starker Vorsprung für Kerry (≥10%)	Schwacher Vorsprung für Kerry (5-9%)	Knapper Vorsprung für Kerry (<5%)
D.C.* 80%	Washington 9%	New Hampshire 4%
Massachusetts 29%	Wisconsin 6%	Iowa 4%
Rhode Island 22%	New Mexico 4,9%	Missouri 2%
New York 22%		Minnesota 2%
Hawaii* 19%		Michigan 2%
Connecticut 18%		Maine 1%
Illinois 16%		Arizona 1%
Vermont 15%		
Maryland 14%		
Delaware* 13%		
Kalifornien 11%		
Pennsylvania 10%		
Oregon 10%		
New Jersey 10%		
Starker Vorsprung für Bush (≥10%)	Knapper Vorsprung für Bush (5-9%)	Knapper Vorsprung für Bush (<5%)
Utah 45%	West Virginia 8%	Nevada 2%
Wyoming* 40%	South Carolina 7%	Arkansas 2%
Mississippi 31%	Louisiana 6%	Florida 1%
Idaho 30%	Virginia 5%	
Nebraska* 29%	Ohio 5%	
North Dakota* 28%	North Carolina 5%	
Oklahoma 24%	Colorado 5%	
Alaska 23%		
Montana 20%		
Kansas 20%		
Indiana 19%		
Texas 18%		
South Dakota 16%		
Alabama 14%		
Kentucky 13%		
Georgia 11%		

<http://www.electoral-vote.com/jul/jul23-margins.html>

Politische Strategen üben sich daher im Kopfrechnen. Die oben stehenden Ergebnisse zeigen Kerry mit 285 Stimmen als Sieger. Bush erhalte danach 232 Stimmen. Selbst wenn Tennessee also an Bush ginge, wäre Kerry noch immer der Wahlgewinner. Ein kleiner Schwenk gerade in den Staaten, wo die Kandidaten jeweils nur einen geringen oder ganz knappen Vorsprung haben – die Ergebnisse sind letztlich ja auch nur durch Umfragen zustande gekommen – könnte den Wahlausgang allerdings entscheidend verändern.

„9/11“: Alle haben Schuld, keiner ist schuldig

Nach zwanzig Monaten hatten die zehn Mitglieder der **9/11-Kommission** und ihre Mitarbeiter 2,5 Millionen Aktenblätter gesichtet und tausende Zeugen befragt. Jetzt liegt das Ergebnis der teils „dramatischen“ Untersuchungen auf 575 Seiten vor und ist, wie **Joseph Cirincione** und **Alexis Orton** von der **Carnegie Endowment for International Peace (CEIP)** bemängeln, „überraschend zurückhaltend“.

(<http://www.ceip.org/files/nonprolif/templates/article.asp?NewsID=6611>)

Die Unfähigkeit, die Anschläge vorzusehen und zu verhindern, werde „niemandem“ und „jedermann“ in die Schuhe geschoben, sogar der amerikanischen Öffentlichkeit, die es versäumt habe, „mehr“ von ihrer Regierung zu verlangen. Dennoch gebe die Studie einige wichtige Hinweise darauf, wie sich nukleare Terroranschläge in Zukunft verhindern ließen. Hinweise, die sich fast wortgetreu in der Carnegie-Studie *Universal Compliance: A Strategy for Nuclear Security* wieder finden (siehe Think Tank Update Juni 2004, www.ceip.org/strategy). Die wichtigste Einsicht: „Die größte Bedrohung einer katastrophalen Attacke auf die Vereinigten Staaten wird dann wahr, wenn die gefährlichsten Terroristen der Welt die gefährlichsten Waffen der Welt in ihre Hände bekommen.“ Der vollständige Report findet sich unter anderem auf den Seiten des New Yorker **Council on Foreign Relations**: http://www.cfr.org/pdf/senate_911Report.pdf.

Im neuesten *Proliferation Brief* sprechen Cirincione, der das **Nonproliferation Programm** bei Carnegie leitet, und Orton von einem „Job half done“ (<http://www.ceip.org/files/Publications/ProliferationBrief416.asp?from=pubdate>).

Durch die Reports der britischen und der amerikanischen Untersuchungskommissionen seien folgende Aussagen mit hoher Wahrscheinlichkeit wahr: „Der Irak war nicht im Besitz signifikanter Mengen chemischer oder biologischer Waffen; der Irak hatte weder aktive chemische noch biologische oder nukleare Waffenprogramme; der Irak stellte keine unmittelbare Bedrohung für die USA, Europa oder die Region dar; keine der Schlüsselaussagen der amerikanischen oder britischen Dossiers zum Irak trafen zu außer, dass es nicht wahrscheinlich war, dass Saddam Hussein Terroristen mit Waffen unterstützen würde und dass es keine Verbindungen zwischen dem Irak und Al Kaida gab. All dies sind Aussagen, wie die CEIP-Forscher schreiben, die schon lange bekannt und formuliert worden seien, ohne dass sich das Weiße Haus oder Downing Street Number 10 darauf eingelassen hätten. Es handele sich mithin um das schlimmste Versagen von Geheimdiensten

seit Pearl Harbor. Von „Druck von oben“ keine Spur. Cirincione und Orton wundert es, wie ausschließlich das „Intelligence-System“ Schuld daran sein könne, dass der Krieg im Irak auf tönernen Legitimationsfüßen stand. Schließlich habe die CIA noch Anfang 2002 folgende Positionen eingenommen: „Der Golfkrieg von 1991, die VN-Inspektionen und nachfolgende Militäraktionen haben fast das gesamte irakische Rüstungspotenzial für chemische, biologische, nukleare Waffen und Langstreckenraketen vernichtet. Mithilfe von Restbeständen und Material für zivile Nutzung lässt sich die Produktion vielleicht wieder aufnehmen. Ohne Inspektionen lässt sich dies aber nicht genau beurteilen.“ Im Oktober 2002 erschien ein neuer CIA-Report, dessen Ergebnisse als „dramatisch, spezifisch und sicher“ galten. Danach verfügte der Irak über 100 bis 500 Tonnen chemischer Waffen, hatte ein aktives Programm für Biowaffen und bis zu einigen Dutzend Scud-Variant-Raketen, sowie ein auferstehendes Nuklearwaffenprogramm. Die Frage der CEIP-Analysten: Wie konnte die CIA ihre Erkenntnisse so schnell ändern? Die Antwort: durch politische Einflussnahme und politischen Druck. Beweisen lasse sich das zwar nicht, aber die Indizien lägen vor, wie die zahlreichen Besuche von Vizepräsident **Dick Cheney** bei den CIA-Oberen; das Tempo, in dem der Report geschrieben wurde, die Widersprüche in dem Dokument und die Unzufriedenheit des Verteidigungsministerium mit der CIA. Cirincione und Orton meinen eins und eins zusammenzählen zu können, wenn sie schreiben: „Es wäre blauäugig zu glauben, dass all diese Aspekte zusammengenommen nicht dazu geführt haben, dass Einzelne und die Behörden sich nicht genötigt gefühlt haben, **Saddam Husseins** Waffenprogramme als bedrohlicher einzuschätzen, als sie waren.“ Gleichzeitig seien die Berichte der Waffeninspektoren allseits ignoriert worden. Der Tenor der Analysten: Report hin und her – es reicht nicht aus, mit dem Finger auf die Geheimdienste zu zeigen.

Verletzungsgefahr

Alle paar Wochen wird die Angst vor neuen Terroranschlägen akut. Dann erhöht das Heimatschutzministerium die Gefahrenstufe von Gelb auf Orange, dann stocken viele Amerikaner ihre Vorratskammern mit Wasser und haltbarer Nahrung auf. Nicht ganz zu Unrecht, denn, so befürchtet **Stephen Flynn** vom **Council on Foreign Relations**, Amerika ist noch immer verletzlich, „America the Vulnerable“. Bald drei Jahre sind seit „9/11“ vergangen, und noch immer seien die USA völlig unvorbereitet gegen

weitere Anschläge. Mit der Bedrohung neuer Angriffe im Rücken sollte das Land daher „wie im Kriegszustand leben“, was es jedoch nicht tut, wie Flynn mahnt. Schuld sei die Regierung, die dabei versage, „uns“ vorm Terrorismus zu schützen, schreibt er und malt sogleich das düstere Bild künftiger Attacken in großer Dimension. Die Liste der möglichen Ziele für Terroristen sei lang: Wasser, Nahrung, Chemiefabriken, Energiesystem, Pipelines, Cargo-Container – eben all die Bereiche, von denen das Leben der Amerikaner abhängt. Schlimm sei auch, dass die kleinste Verbesserung sofort als gigantischer Erfolg im „Krieg gegen den Terror“ verkauft werde. Dann seien Bürger und Ordnungskräfte umso beruhigter und weniger aufmerksam. Flynn liefert eine „To-Do“-Liste. Seine Autoren-Kollegin **Fareed Zakaria** („The Future of Freedom“) meint: „Ein gruseliges Buch, es sollte uns zum Handeln gruseln.“ (http://www.cfr.org/pub7085/stephen_e_flynn/america_the_vulnerable.php)

Gleichgewichtspolitiker John Kerry

Ist **John Kerry** ein Realist, einer, der in den Kategorien von **Henry Kissinger** denkt und handelt? Eine Frage, die nicht unangebracht erscheint, wenn man Kerrys Op-Ed „A Realistic Path in Iraq“ vom 4. Juli in der *Washington Post* liest. Da kündigt der demokratische Präsidentschaftskandidat für den Fall seiner Wahl eine durch und durch konservative Außenpolitik an, die der globalen Machtbalance mehr Bedeutung einräumt als der Förderung von Demokratie. **Thomas Donnelly** und **Vance Serchuk**, zwei wichtige Washingtoner „Falken“, die ihre Büros beim **American Enterprise Institute** haben, gehen davon aus, dass die Wahl im November die Weichen für die künftige amerikanische Außenpolitik stellt (http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20879/news_detail.asp). Den Wettbewerb der Weichensteller trügen dabei George W. Bush, der „Revolutionär“, und John Kerry, der „Reaktionär“, aus. Kerrys Leitlinie in Sachen Irak heißt: „Das Ziel ist ein stabiler Irak, nicht die volle Demokratie.“ Dem Senator aus Massachusetts geht es um die „generelle Stabilität des Nahen Ostens“. Journalisten, wie **Franklin Foer** von der *New Republic*, meinen, Kerry habe seinen Realismus von seinem Vater Richard, einem Diplomaten, geerbt. Der hatte sich in seinen Memoiren von 1990 gründlich über den „exzessiven amerikanischen Moralismus“ in der Außenpolitik beschwert. Nicht selten vergleichen *Pundits*, die politischen Beobachter also, Kerrys Blick auf die Welt mit dem von **George Bush senior** und seinem Nationalen Sicherheitsberater **Brent Scowcroft**. **Dan Feldman** und **Randy Beers**, die wichtigsten

außenpolitischen Berater des Kandidaten, scheuen keineswegs den Vergleich mit Scowcroft . Im Gegenteil. Sie verfolgen eine „reife“ Außenpolitik, schreiben Donnelly und Serchuck: „nüchtern, kühl kalkulierend, erwachsen“. Kerry sei kein Anhänger einer neuen Weltordnung, in der die Vereinigten Staaten unverhältnismäßig viel Verantwortung trügen. Als **Bill Clinton** in seiner zweiten Amtseinführungsrede von Amerika als der „indispensable Nation“ sprach, also „aktiven Multilateralismus“ zur außenpolitischen Ideologie erhob, war Kerry entsetzt: „Warum sprechen wir in einem so arroganten, widerwärtigen Ton?“ Damit passt Kerry recht gut in die **Koalition für eine realistische Außenpolitik**, die sich in Washington im Verlaufe des „Krieges gegen den Terror“ gegründet hat. Diese Koalition fürchtet jeglichen Wilsonianismus im Weißen Haus. Präsident Bush, vor „9/11“ ganz klar einer von ihnen, hat sie mit seiner umgekehrten Dominotheorie enttäuscht. Nun hofft das Bündnis auf den demokratischen Amtsbewerber. Das Problem mit dem amerikanischen Realismus sei nur, dass er jeglichen politischen Prinzipien und nationalen Interessen des Landes widerspreche, meinen die AEI-Analysten. Sollten die Begriffe „liberal“ und „konservativ“ also noch irgendeine Bedeutung innerhalb der amerikanischen Außenpolitik haben, dann würde sich Bush glücklich als „wahren Liberalen“ oder gar „Radikalen“ bezeichnen und seinen Gegner im Wahlkampf als „Konservativen“ oder „Reaktionären“.

Annäherung an den Iran auf amerikanisch

Eigentlich bleibt den Vereinigten Staaten gar nichts anderes übrig, als sich dem Iran anzunähern, so zumindest lautet der Tenor der Studie „Iran: Time for a New Approach“, die eine **Unabhängige Task Force des Council on Foreign Relations** zum Iran (http://www.cfr.org/pdf/Iran_TF.pdf) in diesen Tagen veröffentlicht. Die Task Force, die unter Leitung des früheren Nationalen Sicherheitsberaters **Zbigniew Brzezinski** und dem ehemaligen CIA-Direktor **Robert M. Gates** arbeitete, geht davon aus, dass sich die politische Lage in der islamischen Republik auf absehbare Zeit nicht ändern werde, keinesfalls dürfe man auf eine neue Revolution spekulieren. Ergo sollten die USA mit dem Iran ins Gespräch kommen und nicht auf den Sturz des Regimes warten. Der Report nimmt zur Kenntnis, dass Annäherungsversuche von Seiten Amerikas immer wieder gescheitert seien; allerdings gebe es keine Alternative zu neuen Bemühungen, zum einen wegen der Inspektionen der Internationalen Atomenergiebehörde, zum anderen, weil die Situation in Afghanistan und im Irak

fälschlicherweise vom Iran ablenke. Dabei sei das Land einer der Stabilitätsanker der Region, und genau dort müssten die Vereinigten Staaten in ihren Beziehungen zum Iran anknüpfen. In der Konsequenz laufe dies auf ein „selektives Engagement“ hinaus – immer mit dem Ziel, Teheran vom Besitz nuklearer Waffen abzuhalten, die Energieressourcen des Landes zu schützen, die Terrorgefahr zu mindern und das „Demokratiedefizit“ in der gesamten Region zum Problem zu erheben. Demokratieförderung, nicht „Regime Change“, sei hier ebenso an der Tagesordnung wie „mehr Zuckerbrot“ und „weniger Peitsche“, hinsichtlich einseitiger Handelssanktionen. US-Sanktionen hätten sich sowieso als nutzlos erwiesen. Der Report gibt dem Weißen Haus eine Handlungsanleitung in die Hand: 1. Der Iran sollte über einen direkten Dialog in den Wiederaufbau des Iraks und Afghanistans einbezogen werden. 2. Das Land sollte gezwungen werden, den Status der in Teheran festgehaltenen Al-Kaida-Kämpfer bekannt zu geben. 3. Gemeinsam mit den europäischen Alliierten und Russland sollte eine Nuklearstrategie erarbeitet werden; Teheran müsse klar sein, dass jegliche Beeinträchtigung der Waffeninspektoren multilaterale Sanktionen durch den UN-Sicherheitsrat forcieren. 4. Der Iran müsse in den Nahost-Friedensprozess eingebunden werden.

Mangel an Talenten

Bei der **RAND Corporation** macht man sich Sorgen um die Zukunft der Vereinigten Staaten in den internationalen Beziehungen (<http://www.rand.org/publications/IP/IP233/IP233.html>). Es mangle an gut ausgebildetem Personal, an Menschen also, die einen weiten strategischen Blick auf die Welt hätten und in verschiedenen Kulturen gut zurechtkämen. Unter dem Titel „New Challenges for International Leadership: Positioning the United States for the 21st Century“ schreiben die Autoren von **RANDs National Security Research Division**, dass der Mangel an einer „neuen Generation von Talenten der internationalen Beziehungen“ die globale Führungsmacht der USA bedrohen könnte. Regierung, Privatsektor und Non-Profit-Organisationen müssten dafür sorgen, dass jungen Leuten ausreichend Möglichkeiten zur Verfügung stehen, ein „internationales Portfolio“ zu entwickeln, dass sie dann im Dienste der USA einsetzen können. Mit Ausnahme des amerikanischen Militärs sei die US-Regierung für Personen mit internationalen Führungsqualitäten nicht attraktiv. Und der Karriereweg im Militär sei wohl kein Maßstab. Das gelte auch für europäische Karriere-Modelle, diese

„geschlossenen Systeme“ sollten sich die Vereinigten Staaten auf keinen Fall zum Vorbild nehmen, denn dann fänden die Talente erst recht nicht den Weg in den Staatsdienst. Für die Studie hat das RAND-Team, unter Leitung von **Gregory Treverton** und **Tora Bikson**, 135 Personalchefs von 75 Organisationen interviewt. Finanziert haben das Projekt unter anderem die **Starr Foundation**, der **Rockefeller Brothers Fund**, die **United Nations Foundation** und **RAND**.

Appeasement auf philippinisch

Mehrmals jährlich wird das eine oder andere Land verdächtigt, ein zweites „München1938“ zu provozieren, Staatschefs würden sich in die „Appeasement“-Fußstapfen des damaligen britischen Premiers **Arthur Chamberlain** begeben, heißt es dann. Dieser Tage sieht **Joshua Muravchik** vom **American Enterprise Institute** die philippinische Präsidentin **Gloria Arroyo** diesen Teil von Chamberlains Erbe antreten. Der Grund: Sie hat islamistischen Terroristen nachgegeben, als diese einen Landsmann von Arroyo verschleppt hatten, und war sogleich der Aufforderung der Terroristen gefolgt, die Truppen ihres Landes aus dem Irak abzuziehen. Sicher, die USA seien nicht unschuldig daran, dass sich manch ein Koalitionspartner aus dem Irak zurückgezogen habe. Allerdings rechtfertige das nicht den „feigen Opportunismus“, mit dem Arroyo den Abschied einläutete. Die Rechnung werde ihr noch serviert – die Millionen Philippiner, die im Nahen Osten leben, seien jetzt bestimmt nicht sicherer vor Terroranschlägen. Im Gegenteil: Arroyo habe gezeigt, wie schnell sie sich in die Enge drängen lasse. Islamistische Terroristen lassen sich, so Muravchick, ebenso wie seinerzeit Hitler, nicht durch Zugeständnisse von ihren Zielen abbringen. Arroyo habe unverzeihlich kurzsichtig gehandelt und lediglich ein Leben auf Kosten vieler anderer gerettet.

Gleichberechtigung und Demokratie im arabischen Raum

Der aktuelle **Arab Reform Bulletin** der Carnegie-Stiftung steht unter der Überschrift „Frauen und Reformen“ (<http://www.ceip.org/files/Publications/ARB-7-19-04.asp?from=pubdate>). **Valentine Moghadam** erklärt, dass Demokratisierung und Rechte für Frauen einander bedingen. Die Liste der Beispiele ist lang: In Europa und den USA waren demokratische Rechte lange nur für weiße Männer reserviert; in Lateinamerika – besonders Argentinien, Brasilien und Chile – gingen die Ausweitung von Frauenrechten und die Demokratisierung Hand in Hand; in den 80er Jahren

trugen türkische Frauenbewegungen dazu bei, die Militärherrschaft aufzulösen. Heute seien Frauen die wichtigsten „Agenten“ von Demokratisierung und kulturellem Wandel in der arabischen Welt und im Iran, schreibt Maghadam, die bei der **UNESCO** in Paris für Gleichberechtigung und Entwicklung zuständig ist. Ohne verbesserte Frauenrechte seien „Demokratien ohne Demokraten“ wahrscheinlich. Aber Frauenrechte scheinen nicht zum Wortschatz der Reformer in der Region zu gehören, glaubt die Autorin. So riefen die ägyptischen **Muslimbrüder** zurzeit zwar verstärkt dazu auf, politische Parteien und eine unabhängige Gerichtsbarkeit zu schaffen – jedoch im Rahmen der islamischen Sharia, die Gleichberechtigung ausschließen. Gerade die USA hätten im Nahen Osten wenig getan, um die Vorherrschaft der Männer zu brechen. Das Land mache Intellektuelle und Reformer glauben, Demokratie sei die Voraussetzung für Gleichberechtigung und Menschenrechte, dabei, so Maghadam, sei es umgekehrt.

Marina Ottaway vom **Democracy and Rule of Law Project** bei Carnegie sieht die Demokratisierungsbemühungen des Westens positiver. Gerade die Besserstellung der Frau sei eine tragende Säule der **Middle East Partnership Initiative** (MEPI), mit der die Bush-Regierung auf politische Reformen im arabischen Raum dränge. Ottaway widerspricht ihrer Kollegin von der UNESCO, wenn sie schreibt, dass mehr Freiheit für Frauen – die es zweifellos gebe – Machthabern eher als Alibi dienen könne, von der „Road to Democracy“ abzuzweigen. Sie setzt auf Institutionen: gut organisierte Parteien, eine unabhängige Justiz und starke Parlamente. Der Kampf um die Rechte der Frauen und der Kampf um die Demokratie seien zwar beide wichtig, allerdings keineswegs identisch, so Ottaway.

Wie die weibliche Bevölkerung besser gestellt werden könnte, zeigt **Diane Singerman** von der Washingtoner **American University** am Beispiel Ägyptens, wo Frauen seit dem Jahr 2000 das Recht haben, sich ohne Zustimmung des Ehemanns und ohne die Aufgabe finanzieller Rechte scheiden zu lassen. Hinzu kommt ein neues Familienrecht, wonach der Vater für den Unterhalt der Kinder aufkommen muss. Erste Schritte in diese Richtung gab es bereits 1979, als sich die Gattin von Präsident **Anwar Al Sadat, Jihan Al Sadat**, trotz starker islamistischer Opposition für die Ägypterinnen stark machte. Unter Präsident **Hosni Mubarak**, der 1981 an die Macht gelangte, wurden die neuen Gesetze wieder zurückgenommen – sie seien nicht verfassungsgemäß, hieß die Begründung damals. Seit Mitte der 90er hat sich eine immer stärker werdende Koalition aus Anwältinnen, wichtigen Persönlichkeiten

der Zivilgesellschaft, Akademikern und Parlamentariern für das neue Gesetz eingesetzt – dabei galt es, die früheren taktischen Fehler zu vermeiden, d.h. die neue Regelung durfte nicht dem Islam widersprechen. Die Taktik der Aktivisten ging auf. Sie erwähnten, dass patriarchalische Traditionen und der jahrzehntelange Einfluss säkularer, westlicher und ottomanischer Gewohnheiten vom wirklichen Islam abgelenkt hätten. Dieser würde die Frauen nämlich nicht schlechter stellen. So habe die Bewegung die Unterstützung religiöser Führer überall in der islamischen Welt erhalten und konnte ihr Anliegen verwirklichen.

Weitere Themen des Arab Reform Bulletin: der politische Status von Frauen in den Ländern des Gulf Cooperation Council, Politikerinnen in Islamistischen Parteien – das Beispiel der jordanischen Islam Action Front, Frauenwahlrecht in Kuwait – seit Mai 2004 haben dort Bürgerinnen das aktive und passive Wahlrecht.

Nostalgie auf lateinamerikanisch

Rund zwanzig Jahre ist es her, dass sich Lateinamerika vom Autoritarismus verabschiedet und zur Demokratie hingewendet hat. Kuba bleibt die Ausnahme. Doch die Situation ist alles andere als rosig, glaubt Experte **Mark Falcoff** in einem langen Artikel für **Commentary** (http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20866/news_detail.asp). So befürworteten 55 Prozent der Befragten in einer kontinentweiten Umfrage die Rückkehr zur Diktatur, wenn diese bessere wirtschaftliche Ergebnisse mit sich brächte. Gleichzeitig gebe es eine immense Ablehnung der markt-orientierten Wirtschaftspolitik, des so genannten „Neoliberalismus“. Es herrsche Nostalgie für „starke Männer“ und staatliche Monopole sowie eine strikte Abneigung gegen die USA, Freihandel und Auslandsinvestitionen, von Washingtons Plänen für eine gesamtamerikanische Freihandelszone ganz zu schweigen. Venezuela und Bolivien, zwei Länder, in denen der Zusammenbruch der staatlichen Ordnung jederzeit wahrscheinlich erscheint, stünden dabei nur als Vorreiter für die ganze Region. Die Moral von der Geschichte: Wahlen sind zwar eine wichtige Voraussetzung für Demokratie, aber nicht ausreichend, solange gewählte Vertreter und Regierung doch nur als Mündel der „herrschenden Klasse“ agieren. Die rühmliche Ausnahme bleibe Chile, wo vor kurzem die Bestechung eines Abgeordneten zu einem nationalen Skandal mit juristischer Ahndung geführt habe. Nun würden die Vereinigten Staaten zwar immer wieder und von allen lateinamerikanischen Seiten als Verursacher der

demokratischen und wirtschaftlichen Misere auf dem Kontinent angeprangert, doch eine direkte Verbindung gäbe es laut Falcoff nicht. Und so empfiehlt der Analyst, dass selbst die USA nicht viel mehr tun könnten, als auf Besserung in den Ländern selbst zu hoffen, auf Regierungen zu setzen, die es wert sind, dass die Leute sie wählen.

Freihandel, yes!

William Cline, Ökonom von Weltruf und derzeit beim **Institute for International Economics (IIE)** in Washington tätig, lässt den Freihandelsgeist von **Adam Smith**, **David Ricardo** und **Milton Friedman** wieder auferstehen. In einer neuen Studie kommt er zu dem Ergebnis, dass globaler Freihandel 500 Millionen Menschen von der Armut erlösen könnte. Doch nicht nur das. Langfristig würden Entwicklungsländern jährlich rund \$200 Milliarden zukommen, was auch den Industrienationen Vorteile beschere. Die Hälfte der „Gewinne“ entstünde durch die Liberalisierung des Agrarhandels. Selten hat jemand so klar gesagt, dass es bei der Globalisierung nur Gewinner gibt. Cline belegt seine These mit allerlei Rechenbeispielen, in der Rolle des Politikberaters schlägt er eine zweigleisige Strategie vor: Erstens sollte eine „tiefgehende Liberalisierung“ stattfinden, die sämtliche Protektionsmaßnahmen der Industrieländer eliminiere; Länder mit mittleren Pro-Kopf-Einkommen müssten ihre Schutzmaßnahmen zumindest drastisch, wenngleich auch langsamer, reduzieren. Zweitens bedürfte es eines sofortigen freien Zugangs für Produkte aus verschuldeten, armen Staaten, gekoppelt an eine zehn Jahre währende Steuerfreiheit für Direktinvestitionen in diesen Ländern.

Unehrllicher Michael Moore?

Der „Mythos“ von **Michael Moore** geht schon soweit, dass renommierte Meinungsforschungsinstitute groß angelegte Umfragen starten, um herauszufinden, wer, wann, wo und warum den neuen Dokumentarfilm „Fahrenheit 9/11“ des Populisten sehen will oder bereits gesehen hat. Selbst Think Tanks beanspruchen das Metier neuerdings für sich. So haben sich **John Lott** und **Brian Blase** vom **AEI** daran gemacht, die Fehler in Moores Film zu benennen (http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20883/news_detail.asp). Um es vorwegzunehmen, die AEI-Leute meinen, dass der engagierte Regisseur Amerikas „politische Debatte“ vergifte, ja, er halte nun den „neuen Rekord für politische

Unehrlichkeit“. Nur in einem sei Moore ehrlich: Er gebe zu, er hoffe, dass sein Film Bushs Wiederwahl zu verhindern helfe.

Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch Edwards?

Bill Schneider ist ein viel gefragter Mann, einer, der auf vielen Hochzeiten tanzt, denn seine politischen Analysen haben Status und werden beachtet. Die Wahl im November rückt näher, weshalb Schneider nun verstärkt den Wahlkampf kommentiert. So fragt er, ob **John Kerrys Running Mate John Edwards** dem demokratischen Kandidaten auch außerhalb des amerikanischen Südens nützlich sein kann (http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20907/news_detail.asp). Während der *Primaries* sorgten sich die Wähler vor allem um ihre Jobs, um die Wirtschaft. Edwards *Message* sei wirtschaftlicher Populismus; gewonnen hat er die Vorwahlen dennoch nicht, so Schneider, sondern John Kerry, der nicht einen „populistischen Knochen“ habe, dafür aber jede Menge Erfahrung. Kann Edwards das „Demokratische Ticket“ im Süden wettbewerbsfähig machen? Eins betont der „glückliche Krieger“ (Edwards), wie auch Schneider ihn nennt, immerzu: „Der Süden ist nicht George W. Bushs Backyard, es ist meiner, und ich werde ihn dort schlagen.“ Schneider ist skeptisch und zitiert einen Republikaner aus South Carolina: „Edwards hat den richtigen Dialekt, aber das falsche Abstimmungsverhalten [im Senat].“ Allerdings müssen die Demokraten nicht den ganzen Süden für sich gewinnen. Ein oder zwei Staaten, Florida vielleicht und South Carolina, reichen aus, um Bushs Wiederwahl zu verhindern. Kommt noch die *causa Cheney*. **Terry McAuliffe**, der Vorsitzende der Demokratischen Partei, lacht sich schon seit Wochen ins Fäustchen, glaubt er doch, Vizepräsident Dick Cheney sei der neue Newt Gingrich. Einer also, der den Wählern Angst einflöße und sie in Scharen in die Arme der Demokraten treibe. Präsident **Bush** lässt sich selbst von Unkenrufen aus der eigenen Partei nicht verunsichern, Cheney bleibt sein *Running Mate*. Für den Amtsinhaber ist Cheney politisches Gold wert, denn, so Schneider, die Republikanische Basis „liebt ihn, er ist das Symbol für Bushs Standhaftigkeit im Krieg gegen den Terror“.

What's New?

Robert Satloff - neuer, alter Direktor des Washington Institute for Near East Policy

Beim **Washington Institute for Near East Policy** ist alles wieder beim Alten. Nach zwei Jahren Beratungsarbeit in Nordafrika und im Nahen Osten kehrt **Robert Satloff** auf seinen Posten als Direktor des Think Tanks zurück. **Dennis Ross**, der Satloff in dieser Zeit vertreten hatte, bleibt dem Institut als außenstehender Berater erhalten. Satloff war schon neun Jahre Direktor des Washington Institutes gewesen, bevor er im April 2002 nach Rabat umzog.

Umstrukturierungen bei Brookings

Pietro Nivola, Spezialist in Sachen Föderalismus, ist zum Vize des **Governance Studies Programms der Brookings Institution** aufgestiegen. Seine Vorgängerin **Carol Graham**, die gleichzeitig das **Brookings Center on Social and Economic Dynamics** dirigiert, will sich vermehrt der Forschung widmen, heißt es. Die Brookings Institution befindet sich im Umbruch. So kündigte der Think Tank in diesen Tagen an, sein **Center on Urban and Metropolitan Policy** in das **Brookings Metropolitan Policy Program** umzuwandeln. So genannte Programme bei Brookings sind größer als Zentren. Das Metropolitan Policy Program steht dann auf einer (Bedeutungs-)Stufe mit den Programmen für **Economic Studies, Foreign Policy Studies** und **Governance Studies**. Seit 1948 ist es das erste Mal, dass die Brookings Institution ein neues Programm ins Leben ruft. Brookings-Präsident **Strobe Talbott** nennt den Grund: „Von Pittsburgh über London nach Peking, überall treffe ich Führungskräfte, die sich um die Gesundheit der Städte sorgen.“ Das Center on Urban and Metropolitan Policy gibt es seit 1996. Seitdem hat es mehr als 180 Studien veröffentlicht, die sich mit der Entwicklung von Städten beschäftigen. Direktor des Programms ist **Bruce Katz**, der schon das Zentrum leitete. Seine Stellvertreterin ist **Amy Liu**.

Viel Ruhm und Ehre für Brookings

Die **Brookings Institution** bekleckert sich derzeit mächtig mit Ruhm. Allein sechs Bücher, die Mitarbeiter des Think Tanks in den vergangenen Monaten veröffentlicht haben, wurden von verschiedenen Medien und Vereinigungen ausgezeichnet:

Stephen Hess und **Marvin Kalb** gewannen den **Arthur Rowse Award for Best Book on Press Criticism des National Press Club**; die weltweit renommierte **American Political Science Association (APSA)** überreichte ihren diesjährigen **Richard Fenno Award** an **Sarah Binder** für ihr Buch „Stalemate: Causes and Consequences of Legislative Gridlock“; der **APSA Award für Urban Politics** ging an „Mega-Projects: The Changing Politics of Urban Public Investment“ von **Alan Altshuler** und **David Luberoff**; **Jeffrey Berry** erhielt den **APSA 2004 Leon Epstein Award** für sein Buch „A Voice for Nonprofits“; der **Silver Prize der Zeitschrift ForeWord** für das beste politikwissenschaftliche Buch ging an **Ivo Daalder** und **James Lindsay** für „America Unbound: The Bush Revolution in Foreign Policy“; das beste Wirtschaftsbuch für ForeWord war **Andrew Zimbalists** „May the Best Team Win: Baseball Economics and Public Policy“. **Peter Singer** erhielt den **APSA Gladys Kammerer Award** für „Corporate Warriors. The Rise of the Privatized Corporate Military Industry“.

Ted Gayer geht zum AEI

Ted Gayer von der Georgetown University forscht jetzt beim **American Enterprise Institute**. Seine Fachgebiete: Umweltpolitik und öffentliche Regulierung von Gesundheits- und Sicherheitsrisiken. Gayer ist Wirtschaftswissenschaftler und gehörte dem **Council of Economic Advisers** von Präsident George W. Bush als Senior Economist in den Jahren 2003-2004 an.

Bibliographie

Joseph Cirincione und Alexis Orton, Commission Pulls Its Punches But Delivers Useful Proliferation Recommendations, Carnegie Endowment for International Peace, Washington, DC, Juli 2004.

<http://www.ceip.org/files/nonprolif/templates/article.asp?NewsID=6611>

Joseph Cirincione und Alexis Orton, A Job Half Done, Proliferation Brief, Volume 7, Nr. 10, Carnegie Endowment for International Peace, Washington, DC, Juli 2004.

<http://www.ceip.org/files/Publications/ProliferationBrief416.asp?from=pubdate>.

William Cline, Trade Policy and Global Poverty, IIE, Washington, DC, 2004.

Thomas Donnelly und Vance Serchuk, John Kerry Reactionary, AEI, Washington, DC, Juli 2004. http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20879/news_detail.asp.

Mark Falcoff, Latin American Crack-Up?, AEI, Washington, DC, Juli 2004.

http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20866/news_detail.asp.

Stephen Flynn, America the Vulnerable, Council on Foreign Relations, New York, Juli 2004.

Independent Task Force on Iran, Iran: Time for a New Approach, Council on Foreign Relations, New York, Juli 2004. http://www.cfr.org/pdf/Iran_TF.pdf.

John Lott und Brian Blase, Mythos Moore, AEI, Washington, DC, Juli 2004.

http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20883/news_detail.asp

Valentine M. Moghadam, The Gender of Democracy: The Link Between Women's Rights and Democratization in the Middle East, Arab Reform Bulletin, Vol. 2, Nr. 7, Carnegie Endowment for International Peace, Washington, DC, Juli 2004.

<http://www.ceip.org/files/Publications/ARB-7-19-04.asp?from=pubdate>.

Joshua Muravchik, Arroyo Does a Munich, AEI, Washington, DC, Juli 2004.

http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20953/news_detail.asp.

Marina Ottaway, Avoiding the Women's Rights Trap, Arab Reform Bulletin, Vol. 2, Nr. 7, Carnegie Endowment for International Peace, Washington, DC, Juli 2004.

<http://www.ceip.org/files/Publications/ARB-7-19-04.asp?from=pubdate>.

William Schneider, An Asset Outside the South?, AEI, Washington, DC, Juli 2004.

http://www.aei.org/news/filter.all,newsID.20907/news_detail.asp.

Diane Singerman, Women and Strategies for Change: An Egyptian Model, Arab Reform Bulletin, Vol. 2, Nr. 7, Carnegie Endowment for International Peace, Washington, DC, Juli 2004. <http://www.ceip.org/files/Publications/ARB-7-19-04.asp?from=pubdate>.

Gregory F. Treverton und Tora K. Bikson, New Challenges for International Leadership: Positioning the United States for the 21st Century, RAND Corporation, Washington, DC, Juli 2004. <http://www.rand.org/publications/IP/IP233/IP233.html>.

Think Tanks im Internet (Auswahl)

American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI): www.aei.org

The Brookings Institution: www.brookings.edu

Carnegie Endowment for International Peace: www.ceip.org

CATO Institute: www.cato.org

Center for American Progress: www.centerforamericanprogress.org

Center for National Policy (CNP): www.cnponline.org

Center for Strategic and International Studies (CSIS): www.csis.org

Center on Budget and Policy Priorities: www.cbpp.org

The Century Foundation: www.tcf.org

The Heritage Foundation: www.heritage.org

The Heritage Foundation – Economy Watch: www.economywatch.org

Hoover Institution: www-hoover.stanford.edu

Institute for International Economics (IIE): www.iie.org

James A. Baker III Institute for Public Policy: <http://bakerinstitute.org>

The New America Foundation: www.newamerica.net

Pew Research Center For The People & The Press: www.people-press.org

Progressive Policy Institute: www.ppionline.org

RAND Europe: www.rand.org/randeurope

RAND Corporation: www.rand.org

RAND Qatar: www.qf.org.qa

Konrad-Adenauer-Stiftung im Internet

Konrad-Adenauer-Stiftung: www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington: www.kasusa.org

KAS-Portal für den euro-atlantischen Dialog: www.Transatlantik-Netz.de



Franz-Josef Reuter / Kristin Vorpahl

Caroline Kanter

Konrad-Adenauer-Stiftung

Außenstelle Washington

Washington am 30. Juli 2004